

Seit das Bundeswirtschaftsministerium eine Klimaschutzabgabe auf alte Kohlekraftwerke angekündigt hat, wird wieder verstärkt über die Zukunft der Branche diskutiert. An diesem Sonnabend stehen größere Demonstrationen an.

Gefahr im Verzug

Markus Dufner (Kritische Aktionäre) fordert den raschen Ausstieg aus der Braunkohle



Bei der Jahreshauptversammlung des Energiekonzerns RWE an diesem Donnerstag werden sich die Kritischen Aktionäre wieder mit Reden, Gegenanträgen und Protesten einbringen. Unter anderem fordert man einen raschen Ausstieg des Konzerns aus der Abbaggerung und Verstromung von Braunkohle, wie Markus Dufner, Geschäftsführer des Dachverbandes der Kritischen Aktionäre, erläutert. Mit ihm sprach Marcus Meier.

Foto: privat

Am Wochenende gibt es eine Menschenkette gegen den RWE-Braunkohlekurs im Rheinischen Revier und eine Pro-Kohle-Demonstration der Gewerkschaft IG BCE in Berlin. Umwelt oder Jobs – auf welche Seite schlagen sich die Kritischen Aktionäre?

Manche Konzernchefs, Gewerkschafter und Politiker entwerfen Endzeitszenarien, statt nach vorne zu blicken. Wir Kritischen Aktionäre unterstützen die Anti-Kohle-Kette. Aber ich finde, dass einige Forderungen zu schwach sind. Ein Kohleausstieg im Jahr 2030 oder 2040, wie BUND und Greenpeace fordern, das ist zu spät.

Warum?

Die Gefahren sind einfach zu groß: Feinstaubemissionen beispielsweise betreffen ganze Regionen, tausende Menschen kommen tagtäglich zu Schaden. Es gibt ernst zu nehmende Studien, die eine Gesundheitsgefährdung belegen. Wir haben auch Kontakt zu Ärzten, die solche Erfahrungen in ihren Praxen gemacht haben. Um es klar zu sagen: Die Arbeitsplätze in der Braunkohle, die die IG BCE gefährdet sieht, zerstören Leben! Es ist also Gefahr im Verzug. Entsprechend muss der Staat jetzt einen schnellen Braunkohle-Ausstieg beschließen und ihn nicht auf Jahrzehnte hinausschieben.

Ihr Verband kritisiert seit Jahren die RWE-Geschäftspolitik. Aber der Konzern wirbt doch damit, bei der Energiewende »vorWE« zu marschieren.

Das ist eine plakative Spruch, der mit den Realitäten nichts zu tun hat. Der Anteil der Erneuerbaren ist marginal, RWE hinkt den Konkurrenten deutlich hinterher. Der Konzern muss sich fragen lassen, warum er die Sorgen der Menschen nicht ernst und die klare Alternative nicht wahr nimmt. Weshalb ver-

dient er sein Geld nicht mit erneuerbaren Energien?

Weil RWE Milliarden in Tagebaue und konventionelle Kraftwerke investierte, die sich dann nicht rentieren würden? Hat der kriselnde Konzern nach dem beschleunigten Atomausstieg nicht eine Verschnaufpause verdient?

Verschnaufpause vor was? Investitionen sind doch keine Strafe, sondern können eine Chance sein, den Konzern, wenn auch sehr spät, auf einen neuen Kurs zu bringen. Aber es fehlt am politischen Willen in NRW, wo vor allem die SPD an dem scheinbar billigen, heimischen Energierohstoff Braunkohle festhalten will, so lange es nur geht. Entsprechend gibt es bei RWE Überlegungen, auch über das Jahr 2045 hinaus Braunkohle zu verstromen. Man könnte bis 2080 weiter machen – es ist ja genug Braunkohle da.

Was spricht dagegen?

Die Braunkohle ist ein Klimakiller und muss weiter im Boden schlummern, wenn wir das Ziel erreichen wollen, den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen. Die von der SPD geführte Landesregierung muss RWE die schützende Hand entziehen. Aber ich fürchte, die Verflechtung von Konzern und Politik ist noch zu groß. Auch die Ruhrgebiets-Kommunen, die Anteile an RWE halten, sperren sich gegen einen Kurswechsel. Weil sie jedes Jahr sprudelnde Dividenden für ihr Stadtsäckel erwarten.

Was werden die Kritischen Aktionäre auf der Hauptversammlung an diesem Donnerstag fordern?

Raus aus der Braunkohle, rein in die Erneuerbaren – und deshalb Umleitung der Investitionen! Würde die Dividende von einem Euro auf 30 Cent gekürzt werden, dann wäre fast eine halbe Milliarde Euro frei.



Protestaufruf im ländlichen Raum des Rheinischen Reviers

Foto: dpa/Oliver Berg

Das Kohle-Endspiel

Menschenkette im Rheinischen Revier, Kumpel vor dem Kanzleramt

Tausende werden am Wochenende für und gegen die Braunkohle demonstrieren. Die Klimaschützer bekommen Zulauf, auch wenn Massenproteste wie gegen die Atomkraft bisher nicht absehbar sind.

Von Marcus Meier, Erkelenz-Holzweiler

Für Franz Alt ist die Sache klar. »Das Endspiel um die Kohle hat begonnen«, schreibt der Journalist, Buchautor und Umweltaktivist auf seiner Webseite »sonnenseite.com«. Anlass für seine Analyse sind zwei Großdemonstrationen am kommenden Samstag: In Berlin erwartet die Gewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) nach eigenen Angaben 15 000 Anhänger, die gegen einen Kohleausstieg durch die Straßen der Hauptstadt ziehen werden. Ihr Argument: Arbeitsplätze, Versorgungssicherheit und der drohende »soziale Blackout ganzer Regionen«.

Im Rheinischen Braunkohlerevier zwischen Aachen, Mönchengladbach und Köln wird zur gleichen Zeit eine mehrere Kilometer lange Menschenkette am Rand des einst heftig umkämpften Tagebaus Garzweiler II gebildet. Die Veranstalter, neben den drei großen Umweltverbänden BUND, NABU und Greenpeace sind dies auch das Kampagnennetzwerk Campact, Kirchenvertreter und die Klima-Allianz Deutschland, rechnen mit 5000 Teilnehmern. Das wäre der mit Abstand größte Protest, den es im Rheinischen Revier bisher gab. Hier baut der Energiekonzern RWE im großen Stil Braunkohle ab und verstromt sie. Dies zerstört das Weltklima sowie ganze Dörfer und Landschaften, kritisieren die Organisatoren. Ferner gefährde es durch den Ausstoß von Quecksilber, Arsen und Feinstaub die Gesundheit.

Demonstranten werden aus der ganzen Republik erwartet. Selbst eine mobile Orgel und eine Kamera-Drohne werden mit protestieren. Die Debatte über den »notwendigen Strukturwandel« im Rheinischen Revier müsse endlich beginnen, fordert Versammlungsleiter Dirk Jansen vom Bund für Umwelt und Naturschutz in Nordrhein-Westfalen (NRW). Die von RWE dominierte Region spielt für den Geografen eine bedeutsame Rolle:

»Wenn NRW hier beim Klimaschutz scheitert, dann scheitert auch die Bundesrepublik.« Das wäre für Jansen »ein fatales Signal für die Verhandlungsrolle Deutschlands« auf dem Pariser UN-Klimagipfel Ende dieses Jahres.

Bisherige Aktionen im Rheinischen Revier verliefen durchaus spektakulär, wobei oft Aktionsformen des radikaleren Teils der Anti-AKW-Bewegung adaptiert wurden. Dazu zählten Baumbesetzungen, um die Rodung des Hambacher Forstes für den dortigen RWE-Tagebau zu

»Je mehr sich der »Anti-Kohle-Kette« anschließen, desto schneller erreichen wir die Energiewende.«

Klimaschützer Franz Alt

behindern. Bundesweite Schlagzeilen machte Ende 2012 der Waldbesetzer »Herr Zimmermann«, der vier Tage lang in einem unterirdischen Tunnelsystem ausharrte, weswegen schwere Räumfahrzeuge das Gelände meiden mussten. Seit Jahren finden regelmäßig Klimacamps im Rheinischen Revier statt – hier wurden Gleise besetzt, um Kohletransporte zu verhindern, oder auch grüne Geschäftsstellen, um auf die Mitverantwortung der in NRW mitregierenden einstigen Öko-Partei hinzuweisen. Auch existieren vor Ort kohlekritische Bürgerinitiativen und die Linkspartei kämpft rührig gegen die RWE-Pläne an, noch größere Kraftwerke zu bauen.

Doch die meisten Einheimischen blieben auf Distanz, und in den nahen Universitätsstädten Köln und Aachen wurde das enorm klimaschädliche Revier vor der eigenen Haustür schlicht nicht zur Kenntnis genommen. Die großen landespolitischen Schlachten um den Tagebau Garzweiler II wurden in den 1990er Jahren geschlagen, Rot-Grün musste damals manche Zerreißprobe überstehen. Eine Anti-Braunkohle-Demonstration mit 7000 Teilnehmern wie im letzten Sommer in der Lausitz erschien deshalb im Rheinischen Re-

vier bisher undenkbar. Die Menschenkette nebst ihrer vollmundigen Ankündigung – sie ist durchaus ein Wagnis.

Und selbst wenn die erhofften 5000 Demonstranten kommen – dies ist natürlich ein Klacks im Vergleich zu den Menschenmassen, die die Anti-AKW-Bewegung einst zu mobilisieren vermochte und bisweilen noch immer vermag. So demonstrierten 1981 gut 100 000 Menschen gegen das geplante Atomkraftwerk Brokdorf. Auch in jenen Jahren machten die Gewerkschaften mobil – gegen »Spinner und Chaoten«, die angeblich Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit gefährdeten. Mitunter wurden Dachlaten im Gepäck mitgeführt.

Kurzum: Der Energiekampf Nummer zwei gegen die Kohle bringt weit weniger Menschen auf die Straße als sein großes Vorbild. Warum? Zugleich aber verfüge das »Team Kohle« über »ein paar wichtige Standortvorteile«, versucht sich Tadzio Müller, Politologe, Klimaaktivist und Referent der LINKE-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung, in einer differenzierenden Analyse. So sei das Pro-Kohle-Denken, anders als seinerzeit bei der Atomkraft der Fall, »viel stärker in Alltagsdenken und Apparate eingegraben«. Auch stehe der Protestbewegung mit der IG BCE »eine der konservativsten und gleichzeitig politisch am besten aufgestellten Gewerkschaften der BRD gegenüber«. Auf der Habenseite der Aktiven sieht Müller aber den engen Zeitrahmen, in der die Klimapolitik erfolgreich sein müsse, um den Schaden zumindest zu begrenzen, und zu Pragmatismus zwingt. Auch hänge die »Gegenseite« ökonomisch in den Seilen und politisch stehe ein »Möglichkeitenfenster« offen: »Die Bundesregierung steht unter dem Druck der selbstgesetzten Klimaziele, muss daher über Eingriffe in den fossilen Kraftwerks-park diskutieren.«

»Je mehr sich der »Anti-Kohle-Kette« anschließen, desto schneller erreichen wir die Energiewende«, glaubt Optimist Franz Alt. Vier Fünftel der Deutschen seien für einen Kohleausstieg binnen 25 Jahren, während die »Befürworter der alten Kohlewirtschaft« nur noch »doofe Argumente«, aber keine Zukunftsperspektive anzubieten hätten.

Koalitionärer Konflikt um Klimaabgabe

Unionskritik an Plänen Gabriels – Unterstützung von Ökonomen

Berlin. Im Streit mit der Union um die geplante Klimaschutzabgabe für alte Kohlekraftwerke nimmt Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) jetzt Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in die Pflicht. Diese Vorschläge seien »natürlich mit der Bundeskanzlerin besprochen worden«, sagte Gabriel am Mittwoch in Berlin. Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) hatte zuletzt davor gewarnt, die Kohleindustrie »plattzumachen«. Die Differenzen sollen am Sonntag beim Koalitionsgipfel im Kanzleramt angesprochen werden.

Hintergrund sind Vorschläge des Wirtschaftsministeriums, über 20 Jahre alte Kohlekraftwerke mit einer neuen CO₂-Abgabe zu belasten. Damit soll der Kabinettsbeschluss von Dezember umgesetzt werden, bis 2020 im Kraftwerksbereich zusätzlich 22 Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid einzusparen. Gabriel erklärte, er sei offen für andere Ideen, um dieses Ziel zu erreichen. Er höre jedoch täglich von Unionspolitikern, Deutschland solle vom Klimaziel – 40 Prozent weniger CO₂-Ausstoß bis 2020 gegenüber 1990 – abrücken. »Wenn das der Wunsch der Unionsfraktion ist, muss sie das öffentlich sagen, und dann reden wir darüber«, meinte der SPD-Chef.

Stromkonzerne wie RWE und Vattenfall bängen um ihre Kohle-meiler, die wegen des Solar- und Windstrombooms bereits viel weniger einbringen als früher. Auch in den SPD-regierten Braunkohleregionen Brandenburg und Nordrhein-Westfalen gibt es Widerstände gegen den Vorstoß. Gabriel betonte, von Ausstieg könne keine Rede sein. Es würden in der Lausitz und im Rheinland keine Tagebaue oder Kraftwerke schließen müssen. Er werde »niemals eine Politik betreiben, bei der wir zu diesen befürchteten Strukturabbrüchen kommen«.

Die Linkspartei erklärte, ausnahmsweise mit dem Wirtschaftsminister einer Meinung zu sein. Merkel müsse »die unqualifizierten Pseudovorschläge aus der kollektiven CDU-Fraktion in Bund und Land« zurückweisen. Alles andere wäre vor der Klimakonferenz in Paris eine Blamage, sagte die LINKE-Energieexpertin Eva Bulling-Schröter.

In einem öffentlichen Appell forderten 50 Ökonomen und Experten die Koalition auf, die Kohleabgabe einzuführen. »Der Klimabeitrag ist das absolute Mindestmaß der jetzt notwendigen politischen Maßnahmen, um den Beitrag des Stromsektors zu diesem Ziel zu sichern, das heißt konkret, die Emissionen der Energiewirtschaft bis 2020 auf 290 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr zu verringern«, heißt es im Aufruf. Er ist unter anderem von den Professoren Claudia Kemfert (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) und Ernst-Ulrich von Weizsäcker unterzeichnet. »Da rund 90 Prozent der fossilen Stromerzeugung vom Klimabeitrag ausgenommen sind, kann von einer weitreichenden Gefährdung von Arbeitsplätzen keine Rede sein.« dpa/nd

ANZEIGE

ANDORRA

INFO/BUCHUNG
030/2978-16 20
Superhotel in den Pyrenäen

Foto: JTW/Creativstudio Majewski

► 14.09. – 21.09. / 21.09. – 28.09. ► p.P. im DZ € ab 584,-
Einzelzimmerzuschlag € 168,-

Busfahrt mit Zwischenübernachtung im Raum Mäcon; 8 Tage, Ü/HP/5-Sterne-Hotel »Ski Plaza«; Ausflüge/Wanderungen/Besichtigungen vom schön gelegenen Orthen Canillo aus, Zahnradbahnfahrt, örtliche deutschsprachige Reiseleitung, durchgängige Reisebegleitung ab/bis Deutschland; fak. Ausflüge Os de Civis inkl. Grillmahlzeit (€ 42,-)

Ausführliche Reisebeschreibung: nd-Leserreisen, Frank Diekert, F.-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Fax: 030/2978-1650 • leserreisen@nd-online.de • www.neues-deutschland.de/leserreisen

Veranstalter: JTW-Reisen GmbH,
Blue & White Berlin

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG